

Stadtteilbeirat Sternschanze
Protokoll der 121. Sitzung vom 22.01.2025

Der Beirat ist mit 12 anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig.

Tagesordnung

- TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung**
- TOP 02. Neues von der Schanzenbrücke (zu Gast: VertreterInnen der DB)**
- TOP 03. Berichte**
- TOP 04. Anliegen von Gästen und Mitgliedern**
- TOP 05. Anträge an den Verfügungsfonds**
- TOP 06. Termine**

Top 01. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung

Es gibt keine Anmerkungen.

TOP 02. Neues von der Schanzenbrücke, zu Gast: Vertreter der *Deutsche Bahn AG (DB)*

Die Vertreter der *DB* informieren über den aktuellen Stand des Bauvorhabens sowie über die geplanten Maßnahmen in den nächsten Abschnitten.

Trotz unvorhergesehener Verzögerungen bei der Fertigstellung der Mediengräben (Kabelkanäle für z.B. Telefon/Glasfaser) im Straßenbereich schreite der Bau voran. Der Bombenfund am 13.10.2024 sowie die Vollsperrung im Januar 2025 zur Installation der Kabelhilfstrasse Süd hätten logistische Herausforderungen dargestellt, so die Gäste. Der Baufortschritt sei aber trotz der Herausforderungen im Zeitplan. Bei der Vollsperrung für die Kabelhilfstrasse Süd sei zum ersten Mal ein externer Sicherheitsdienst beauftragt worden, um den Bestand der Baustellenabspernung zu sichern, da in der Vergangenheit immer wieder Absperrungen von Unbefugten versetzt wurden. Die Bauphase 0 sei nun abgeschlossen, es herrsche Baufeldfreiheit und im nächsten Schritt werde nun die Verlegung der Widerlager gestartet; im Herbst diesen Jahres folge dann der Bau der Überbauten, deren Fertigstellung bis 2026 geplant sei. Im Verlauf des Jahres 2026 werde dann mit dem Bau der Stützwände begonnen, die Restarbeiten sollen bis 2027 fertiggestellt sein, so die *DB*.

Die Anwohnenden merken an, dass die geänderten Verkehrsführungen sowie die jeweiligen Beschilderungen oft nicht deutlich genug erkennbar seien und leider auch oft keine Beachtung fänden. Dabei wird betont, dass die Hinweisschilder oft nicht wahrgenommen würden, weil sich die Beschilderung im Tagesverlauf ändere und mit anderen visuellen Elementen der Umgebung konkurriere.

Es folgt eine Diskussion über Problempunkte und potentielle Lösungen aus verschiedenen Perspektiven. Mittlerweile würden fest installierte Bauzäune verwendet, so die *DB*, da das ständige Ab- und Umbauen der mobilen Absperrungen durch Unbefugte zu erheblichen Störungen der Arbeitsabläufe und auch zu Risiken für die Verkehrsteilnehmenden geführt habe. Andere bauliche Maßnahmen ließen sich durch die Anforderungen an die Flexibilität der Arbeiten im Baufeld nicht umsetzen, daher sei nur eine kontinuierliche Überwachung durch einen Sicherheitsdienst bei den nächsten Bauabschnitten denkbar. Dies würden jedoch weder Bauleitung noch Bevölkerung begrüßen, so der Konsens.

Die Polizei beobachte die Situation bereits täglich, so Herr Freudenberg (Polizeikommissariat PK 16, SGL Verkehr) und nehme bei sichtbaren Problemen umgehend Kontakt mit den zuständigen Stellen auf. Auch hier sei bereits der Rahmen der Möglichkeiten ausgeschöpft.

In diesem Zusammenhang wünsche sich die Anwohnerschaft eine intuitivere Ausschilderung und ein generelles Überdenken der Möglichkeiten, wie eine an den Nutzenden orientierte Gestaltung der Wegeleitung aussehen könne, fasst ein Mitglied des Beirats zusammen. Als Beispiel dafür werden etwa farbliche Hinweise auf dem Boden genannt. Da es sich um ein hochfrequentiertes Nadelöhr mit

einer zusätzlich außergewöhnlich hohen Belastung durch Ortsfremde handle, müsse hier auch eine den Umständen entsprechende Lösungen gefunden werden. Die Gäste von der DB sichern zu, sich der Problematik intern erneut anzunehmen und fahren mit der Präsentation fort:

Im Januar 2025 habe der Abbruch von Restfundamenten als Vorbereitung für das Einsetzen der Spundwände begonnen. Die Herstellung der Kabelhilfstrasse Nord werde im April nach dem gleichen Verfahren wie auf der Südseite erfolgen, berichten sie weiter. Teile der neuen Brücke würden im Stahlwerk vorproduziert und sollten fristgerecht lieferbar sein, um eine schnellere Montage vor Ort zu ermöglichen. Dieses Verfahren sei dem Beirat im Jahr 2024 bereits vorgestellt worden und ermögliche den Wegfall der Vormontagefläche für den südlichen Brückenteil direkt vor den Gebäuden der Schanzenstraße.

Es folgt eine Zusammenfassung der geplanten Nachtbauarbeiten auf den Gleisanlagen. Die DB bittet um Entschuldigung für die teilweise sehr kurzfristige Weitergabe von Informationen in der vorherigen Bauphase und stellt das geplante Vorgehen bis Mitte 2026 vor.

Bezüglich der Lärmbelästigungen während der Nachtbauarbeiten kommt die Frage nach Ersatzschlafraum und den Grundlagen für dessen Beanspruchbarkeit auf. Ein Mitglied des Beirats weist darauf hin, dass die zuständigen externen Dienstleister wenig flexibel seien und oft spät über neue Entwicklungen informierten. Auch habe es viele Rückmeldungen über Unzufriedenheit und schlechten Erfahrungen mit der Hotelauswahl gegeben (beispielsweise Hotelangebote auf der Reeperbahn). Die Gäste von der DB erläutern dazu, die Lautstärke werde in Lärmprognosen individuell für jedes Haus berechnet, daraus ergebe sich ein jeweils ebenfalls individueller Anspruch auf Ersatzschlafraum.

Die Lärmprognosen enthielten eine Vielzahl beeinflussender Faktoren, so dass die Grenzen für die Bewilligung von Ersatzschlafraum auf den ersten Blick leider oft nicht nachvollziehbar wirkten, ergänzt ein Vertreter der DB; die Berechnungsmethodik sei jedoch bereits im Planfeststellungsbeschluss geregelt. Termine zu Nachtarbeiten mit Ersatzwohnraumanspruch würden den ermittelten Betroffenen im besten Falle einen Monat vorher postalisch mitgeteilt. Allgemein informiere die DB über alle anstehenden Bauarbeiten sowie Sperrungen und weitere Beeinträchtigungen auf der Webseite <http://www.eisenbahnbruecken-ehm.de>, zusätzlich könne man sich dort auch für den DB Newsletter speziell zur Schanzenbrücke anmelden, ergänzt der Gast.

Auf die Frage, ob es auch möglich sei, eigenständig ein Hotelzimmer zu buchen, solange dies im vorgegebenen preislichen Rahmen sei und in Vorkasse gegangen werde, kann die DB keine konkreten Antworten geben. Ein Gast des Beirats berichtet daraufhin, dass ihr dies an einem anderen Standort möglich gewesen sei und es somit durchaus im Handlungsspielraum der DB zu liegen scheine. Die Vertreter der DB sichern zu, dem nachzugehen.

Zum Abschluss der Präsentation der Gäste wird nochmals kurz auf die zukünftige Gestaltung der Brücke eingegangen. Die Geländer der Überbauten würden dem Bestand nachempfunden und auch das Mosaik-Bild der Künstlerin Susanne Mohr solle wiederhergestellt werden, so die DB.

Auf die Frage nach direkter Erreichbarkeit der Projektleitung über die Container der DB erwidern die Gäste, es sei nach wie vor möglich, in der Lagerstraße den persönlichen Kontakt zu suchen. Ob dies allen KollegInnen vor Ort bekannt sei, könne man jedoch nicht zusagen. Der Briefkasten direkt am Bauschild werde jedoch nach wie vor geleert und die jeweiligen Anfragen bearbeitet.

Mit dem Ende der Präsentation verabschiedet sich der bisherige Projektleiter, der sich für den Austausch bedankt und betont, dass in dieser Art des Diskurses die Grundlage für gelungene Demokratie liege. Der Austausch mit dem Stadtteil habe ihn sehr gefreut, er hoffe, dass die Arbeit des Beirates weiter so Bestand habe. Mit dem Vorstellen seines Nachfolgers verabschiedet sich die DB.

TOP 03. Berichte

Sitzung der Bezirksversammlung vom 28.11.24

In der Novembersitzung der Bezirksversammlung Altona sollte wie auf der letzten Beiratssitzung angekündigt über einen Antrag der SPD-Fraktion zur Weiterführung/Ausdehnung der Praxis von

Sondernutzungsgenehmigungen für Gastronomie auf Parktaschen in Altona abgestimmt werden (Drucksache 22-0423), berichtet der Vorstand. Da keine Gelegenheit bestanden habe, sich direkt dazu zu äußern, seien vorbereitete Fragen mit einem Empfehlungsschreiben eingereicht worden (Drucksache 22-0466).

Während der Sitzung habe die SPD dann aber bereits beantragt, ihren Entwurf zurück in den entsprechenden Ausschuß zu verweisen. Im Schlußwort zu diesem Debattenpunkt habe der Vorstand unter den Auswirkungen solcher zusätzlicher Außengastronomie auch das ausstehende Lärmgutachten für die Sternschanze ansprechen können und bewirkt, dass sich alle Parteien fraktionsübergreifend gegenüber dem Bezirksamt für Akteneinsicht in das Gutachten aussprachen. Die Präsenz von Anwohnenden der Sternschanze auf den Rängen habe zweifelsohne Eindruck hinterlassen und sei dem Anliegen dienlich gewesen, schließt der Vorstand.

Lärmgutachten zur Sternschanze ist veröffentlicht

Bereits kurz nach der Novembersitzung der Bezirksversammlung sei dann das Lärmgutachten – offiziell *Schalltechnische Untersuchung der Außennutzungen von Gastronomien und Kiosken im Bereich Sternschanze* – im Transparenzportal der Stadt Hamburg veröffentlicht worden, so der Vorstand. Die finalen Ergebnisse der Untersuchung umfassten 783 Seiten und würden nicht nur das Gebiet Sternschanze, sondern auch Ottensen und Blankenese beinhalten.

Für das Gutachten sei eine schalltechnische Untersuchung in Auftrag gegeben worden, die statt auf Vor-Ort-Messungen auf Berechnungen basiere, erläutert der Vorstand weiter, was allgemein als bessere Methodik angesehen werde, da damit verzerrende Momentaufnahmen vermieden würden. Dabei sei ausschließlich der Lärm durch Gewerbebetriebe untersucht worden, Verkehrslärm, Bahnlärm oder andere Quellen seien nicht berücksichtigt worden. Die Untersuchung zeige, dass zahlreiche Betriebe deutlich über den zulässigen Grenzwerten liegen. Die Ergebnisse sollen nun als Grundlage für Maßnahmen zur Lärminderung dienen. Mehr zu diesen Punkt folgt in *TOP 04*

Download-Links der einzelnen Teile der schalltechnischen Untersuchung:

<https://tinyurl.com/bdz7yen2>

<https://tinyurl.com/bddt9mhj>

<https://tinyurl.com/5n7238nn>

<https://tinyurl.com/bddt9mhj>

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Klima und Verbraucherschutz vom 13.1.2025

In der Januarsitzung befasste sich dann der Ausschuss für Wirtschaft, Klima und Verbraucherschutz des Bezirks Altona mit dem im November geänderten SPD-Antrag aus der Bezirksversammlung (Drucksache 22-0423.3), berichten Mitglieder des Vorstands. In diesem sei die Forderung nach Weiterführung der Außengastronomie in Parktaschen komplett gestrichen worden. Stattdessen sei auch bereits für 2025 diese Sonderregelung beendet worden. Ein im Antrag geforderter neuer Runde Tisch solle sich auf die erarbeiteten Ergebnisse des letzten solchen Formats aus dem Jahr 2018 stützen. Zudem solle die Einführung eines Nachtbeauftragten für die Sternschanze im Laufe des Jahres 2025 am Beispiel des Modells aus dem Bezirk Hamburg-Mitte geprüft und der dortige Nachtbeauftragte in den Ausschuss eingeladen werden. Zur Arbeit dieses Nachtbeauftragten auf St. Pauli gebe es einen Bericht im NDR zu sehen, so der Vorstand. Der Link dazu: <https://tinyurl.com/2avn62md>

Besonders hervorzuheben sei, dass ein klarer Auftrag zur Erarbeitung von lärmindernden Maßnahmen in die Empfehlung der Politik aufgenommen wurde, ergänzt der Vorstand.

Neubesetzung des Vorstands des Standpunkt.Schanze e.V.

Auf der jährliche Sitzung des Standpunkt.Schanze e.V. im Dezember 2024 wurde ein neuer Vorstand gewählt. In diesem Zusammenhang bedankt sich der gesamte Beirat sehr herzlich beim bisherigen 1. Vorsitzenden des Vereins, Henning Brauer. Dieser sei nach seiner Beteiligung im Sanierungsbeirat bereits Gründungsvorstandsmitglied des Stadtteilbeirats Sternschanze und somit bereits seit 12 Jahren

im Einsatz für die Belange des Stadtteils gewesen. Es folgt Applaus von Gästen und Mitgliedern. Der neue Vorstand wird vorgestellt: Als erste Vorsitzende fungiert nun Cornelia Templin, als zweiter Vorsitzender Dennis Bernhardt. Erweiterte Vorstandsmitglieder sind Zübeyde Arslantas, Jochen Rolcke und Tim Warnhoff. Die Geschäftsführung des Vereins übernimmt weiterhin Ray Nher.

Abgasuntersuchung bei der Gastronomie Lokmam

Der Vorstand teilt mit, dass die auf der letzten Sitzung angekündigte Abgasuntersuchung durch das Bezirksamt Altona bei der Gastronomie *Lokmam* durchgeführt wurde. Dabei habe es bei den Messungen für den Holzkohle-Grill und für den Pizzaofen (Gas) für alle gemessenen Schadstoffe keine Beanstandungen gegeben, die Werte hätten teilweise deutlich unter den Grenzwerten gelegen. Der Vorstand hebt nochmals hervor, dass es sich hierbei um eine Schadstoff-Untersuchung gehandelt habe. Es sei nicht um Gerüche gegangen, da es dafür keine gesetzlichen Normen gebe, die einzuhalten oder zu überprüfen wären.

Feier anlässlich von 15 Jahren RISE-Förderung in Altona

Das Hamburger *Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)* feierte fünfzehnjähriges Bestehen, so auch in Altona, berichtet der Vorstand. Es stelle den Zusammenschluss der Städtebauprogramme der Stadt Hamburg dar und umfasse auch die ehemaligen Sanierungsgebiete mit dem Ziel, Quartiere städtebaulich und sozial zu verbessern. Die Gelder für die Maßnahmen kämen dabei neben den *RISE*-Haushaltsmitteln und Geldern des Landes auch aus dem Bund, der EU und privaten Investitionen.

Verlassen Quartiere die Einordnung als Sanierungsgebiet/*RISE*-Gebiet, könnten die vormaligen vorgeschriebenen Sanierungs-Beiräte fortgeführt werden – wie auch im Beispiel des *Stadtteilbeirates Sternschanze* geschehen, erläutert der Vorstand. In den vergangenen 15 Jahren seien in ganz Hamburg rund 765 Millionen Euro in die Fördergebiete investiert worden. Anlässlich des Jubiläums habe der Bezirk Altona in die ehemalige *Viktoria-Kaserne* geladen und ausgewählte Projekte vorgestellt, fasst der Vorstand zusammen.

Sitzung des RISE-Ausschusses im Januar

Der *RISE-Ausschuss* des Bezirks Altona hatte in seiner Januar-Sitzung die verschiedenen Beiräte der *RISE*-Gebiete geladen, damit diese sich einmal vorstellen können. Zur Sitzung sei auch der *Standpunkt. Schanze e.V.* als Veranstalter des *Stadtteilbeirates Sternschanze* geladen gewesen, um als „Best Practice“ Beispiel für eine Entwicklung nach Ende eines *RISE*-Gebietes von der Transformation und seiner Arbeit zu berichten.

Beteiligungsformat zur Sternbrücke kommt

Der Vorstand teilt mit, dass ein ausführliches öffentliches Beteiligungsformat zur Umfeldgestaltung an der Sternbrücke geplant werde. Die Planung sei noch in der Anfangsphase, das Format noch nicht konkret ausgestaltet. Der Vorstand habe sich aber in einem Gespräch mit dem Bezirksamt für eine zeitnahe Durchführung über einen längeren Zeitraum ausgesprochen, damit die Beteiligung die breite Anwohnerschaft erreiche.

Gegenstand der Beteiligung seien das Areal um die *Bar 227 / das Künstlerhaus Faktor e.V.* sowie weitere kleinere Flächen im Umfeld der Brücke. Die sogenannte *Brammerfläche* (Max-Brauer-Allee zwischen Lippmannstraße / Schulterblatt) werde voraussichtlich als optionale Zugangsfläche für den Fall, dass der *Verbindungsbahntlastungstunnel* realisiert werde, nicht Bestandteil des Beteiligungsverfahrens sein.

TOP 04. Anliegen von Gästen und Mitgliedern

Weiterhin Überschreiten der vorgeschriebenen Öffnungszeiten sowie Lärmbelästigungen durch

Gastronomie

Ein besonderes Anliegen der Anwohnerschaft betrifft erneut die anhaltenden Probleme durch Verstöße gegen die Öffnungszeiten von Gastronomien und Kiosken auf der Piazza und in der Susannenstraße. Anwohnende berichteten, dass nach wie vor mehrere Gastronomiebetriebe ihre vorgeschriebenen Öffnungszeiten überschreiten würden und zudem durch widerrechtlich geöffnete rückseitige Fenster und Türen Lärm in die Hinterhöfe gelange.

Das Ordnungsamt könne die Innenhöfe nicht eigenständig betreten, ergänzt ein Mitglied des Beirats, sodass keine effektiven Kontrollen möglich seien. Es wird angeregt, weitere Beschwerden zu sammeln und damit aktiv politische Maßnahmen für besseren Lärmschutz anzustoßen. Der Vorstand sagt zu, dies im Anschluss an Herrn Esselmann (Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt beim Bezirksamt Altona) weiterzugeben.

Details zum Lärmgutachten

Im Rahmen der Veröffentlichung des Lärmgutachtens für die Sternschanze, das im Auftrag des Bezirksamts Altona erstellt wurde (s.o.), erläutert ein Mitglied des Vorstand das Vorgehen bei der Untersuchung, fasst die Ergebnisse zusammen und präsentiert die daraus resultierenden Kernaussagen.

Die Grundlage für die Berechnung bildeten die technischen Vorgaben der „*Technischen Anleitung Lärm*“ (*TA Lärm*) sowie die einschlägigen Verwaltungsvorschriften für Gewerbelärm. Andere Lärmquellen wie Verkehrs-, Straßen- oder Bahnlärm seien in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt worden, da für diese separate Regelwerke gälten. Ein externes Ingenieurbüro sei mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt worden. Dies habe die zugrunde liegenden Daten (Menge der Tische, Auslastung etc.) im Februar 2024 erhoben, weshalb die ermittelten Werte nicht vollständig repräsentativ seien, so das Mitglied. Das Gutachten berücksichtigt zwar unterschiedliche Faktoren wie die Tageszeit, Konsummuster sowie besondere akustische Effekte (etwa Schallreflexionen durch enge Bebauung oder die Schallverstärkung durch die Treppenmuschel der *Roten Flora*), jedoch sei das Gebiet in einem Hamburger Februar wenig überraschend nicht so frequentiert wie etwa in den Sommermonaten.

Für jedes Gastronomieobjekt seien anschließend Lärmberechnungen unter verschiedenen Szenarien berechnet worden – von voller Auslastung über mittlere Belegung bis hin zu leeren Tischen. Die maßgebliche Messgröße stellt dabei die Schallausbreitung bis zum Wohnungsfenster in 0,5 Metern Entfernung vor diesem bei geschlossenem Fenster dar.

Hinsichtlich des Phänomens des „*Cornerns*“ werde die *Piazza* exemplarisch verwendet. Verantwortlich für die Einhaltung der Grenzwerte sind gemäß *TA Lärm* die jeweiligen Gewerbetreibenden. Sollte ein Betrieb zu laut sein, dürften für eine Abhilfe keine baulichen Maßnahmen wie Schallschutzfenster oder Klimaanlage als Lösung bei den Betroffenen herangezogen werden – stattdessen müssten Maßnahmen zur Lärmreduktion im Betrieb selbst ergriffen werden, so das Mitglied.

Die Resultate zeigen erhebliche Überschreitungen der Maximalwerte, was auf den Visualisierungen des Gutachtens mit roten Markierung als „kritisch“ gekennzeichnet werde. Zu betonen sei, dass sich die Berechnungen zudem ausschließlich auf den durch Gespräche verursachten Lärm konzentrierten, ohne zusätzliche Geräuschquellen wie Musik oder andere Störgeräusche zu berücksichtigen. So sei beim genaueren Betrachten festzustellen, dass die Berechnungen in vielen Fällen vermutlich deutlich unterhalb der realen Belastungen lägen, merkt das Mitglied an, die tatsächliche Lärmproblematik also noch ausgeprägter sein könne.

Bereits eine Erhöhung des Geräuschpegels um 6 Dezibel komme einer Verdopplung der Lärmquelle gleich, ergänzt ein anderes Mitglied des Beirats. Die Ergebnisse zeigen teils Überschreitungen von 18 Dezibel am Tag, sowie 34 Dezibel nachts, führt das präsentierende Mitglied aus.

In der anschließenden Diskussion berichten Anwohnende über ihre persönlichen Erfahrungen: Eine Anwohnerin gibt an, dass selbst im Winter an Stelle der im Gutachten zugrunde gelegten vier Personen pro Lokal oft acht Menschen vor den Gastronomiebetrieben stünden und laut sprächen.

Die Frage, welche Möglichkeiten für Betroffene bestehen, führt erneut zum Hinweis, dass Lärm-

beschwerden beim Amt für Verbraucherschutz eingereicht werden sollten. Ein weiteres Problem der Anwohnerschaft betrifft anonyme Beschwerden. Es wird berichtet, dass in der Vergangenheit anonym eingereichte Beschwerden nicht als solche behandelt wurden. In Einzelfällen sei es sogar zu körperlichen Drohungen durch Gastronomen gegenüber Beschwerdeführenden gekommen. Spätestens bei Anzeigen und daraus resultierenden Gerichtsverfahren sei ein Personenbeweis erforderlich, weshalb eine vollständige Anonymität nicht gewahrt werden könne. Es herrsche in der Nachbarschaft teilweise ein hohes Maß an sozialem Druck, der es für einige Anwohnende schwierig mache, offiziell Maßnahmen zu ergreifen, so Gäste des Beirats.

Der Vorstand erläutert in diesem Zusammenhang den generellen Ablauf von Lärmbeschwerden und die Herausforderungen in der Umsetzung. Dabei verweist er auf eine frühere Aussage der Leiterin des Bezirksamts Altona, Frau Dr. von Berg, die zugesichert habe, dass Beschwerden anonym behandelt werden könnten; dies müsse in der Praxis gewährleistet werden. Der Vorstand sagt zu, dies für die Zukunft aufzunehmen.

Zudem wird von den Anwesenden die Möglichkeit erörtert, eventuell über Mietminderungen Druck auf Vermieter auszuüben, ihre lärmbelasteten Mieterinnen und Mieter besser vor Lärmverursachern im gleichen Haus zu schützen. Hierzu hätten Mietervereinigungen wie *Mieter helfen Mietern* bereits Formschriften für entsprechende Anträge, so ein Mitglied des Beirats.

Abschließend wird betont, dass das Schaffen einer Beschwerdelage weiterhin wichtig sei, es müsse jedoch parallel auch eine politische Strategie entwickelt werden, um Lärmschutzmaßnahmen langfristig umzusetzen. Der Vorstand unterstreicht, dass es sich um eine politische Aufgabe handle, effektive Lärmschutzmaßnahmen durchzusetzen. Dies müsse nun zur Priorität gemacht werden und die politischen Fraktionen aufgefordert werden, sich im zuständigen Ausschuss mit dem Lärmgutachten und insbesondere mit lärmmindernden Maßnahmen zu befassen. Bereits ohne eine umfangreiche Beschwerdelage sei klar geworden, dass es ein massives Problem gebe, das nun in konkrete Lösungen überführt werden müsse.

Der Vorstand schlägt abschließend vor, Herrn Esselmann im April zur Beiratssitzung einzuladen, damit dieser die Ergebnisse des Lärmgutachtens ausführlich vorstellen könne, worauf die Gäste anregen, dies zur inhaltlichen Vorbereitung der Sitzung zu nutzen. Dies wird angenommen und der Punkt geschlossen.

TOP 05. Anträge an den Verfügungsfonds

Antrag 01|2025 Schanzenzirkus

Beantragt werden 1.000,- € als Zuschuss zum Kindermitmachprojekt *Schanzenzirkus* in den Sommermonaten 2025 im Sternschanzenpark. In diesem können Kinder im Sommer Zirkustechniken kennenlernen und ausprobieren, was in einer anschließenden täglichen Vorführung münde, erläutert der Antragsteller. Das Projekt gehe in diesem Jahr in die 16. Runde.

Der Antrag wird mit 12 von 12 Stimmen angenommen.

Antrag 02|2025 Deine Schanze und Du

Für den Forschungsworkshop *Deine Schanze und Du* für nicht-männliche Kinder der Klasse 3 und 4 aus der Sternschanze in den Märzferien werden 1.000,- € als Zuschuss beantragt. Diese werden für Materialien und Versorgung der Kinder während des einwöchigen Projekts zur Erkundung des Stadtteils benötigt. Die Antragsstellerin kündigt eine ausführlichere Vorstellung des Gesamtprojekts in der Februarsitzung an, da eine langfristige Zusammenarbeit mit den Instanzen im Stadtteil gewünscht ist.

Der Antrag wird mit 10 Zustimmungen und zwei Enthaltungen angenommen.

TOP 06. Termine

WANN?	WAS?	WO?
10.2., 18 Uhr	Ausschuss für Wirtschaft, Klima und Verbraucherschutz	Rathaus Altona, Kollegiensaal
26.2., 19.30 Uhr	nächste Beiratssitzung	JesusCenter, Schulterblatt 63

Protokoll vom 23.02.2025
erstellt vom *Standpunkt.Schanze e.V.*